

01.10.2003

Kolumbien im Kampf gegen den Terror

Der harte Mann und das Gesetz

Präsident Uribe verfolgt unnachgiebig Extremisten und Kriminelle – weil er jetzt auch die Verfassung ändern will, regt sich Widerstand Von Peter Burghardt

Bogota – Das Publikum wartet schon eine Weile, als sich die hölzerne Schiebetür öffnet und der Präsident Kolumbiens eintritt. Für Pünktlichkeit bei einem Abendtermin ist Alvaro Uribe zu beschäftigt, außerdem unterliegen seine Auftritte strengsten Kontrollen und werden nach Möglichkeit bis zum letzten Moment geheim gehalten. Die linke Guerilla-Armee Farc wollte ihn schon mehrfach ermorden – zum Amtsantritt im August vergangenen Jahres flogen Raketen auf den Präsidentenpalast in der Altstadt Bogotas, und kürzlich sollen die Farc versucht haben, sein Flugzeug abzuschießen. Draußen wachen Soldaten und Spürhunde, drinnen haben sich Sicherheitskräfte unter die Gäste gemischt. Dabei sind die Teilnehmer ohnehin erlesen, denn auf den roten Teppichen des Gun-Clubs im exklusiven Norden der Hauptstadt trifft sich die Elite.

Der Traum vom Rechtsstaat

Der wichtigste Redner tritt als letzter ans Pult, vor ihm haben Anwälte und Richter für eine effizientere Justiz geworben, während sich der klein gewachsene Mann mit der schmalen Brille eifrig Notizen machte. Uribe arbeitet ständig, das blasse Gesicht zeugt von seinem Pensum. Dann verkündet er mit klarer Stimme, was das Gros der Anwesenden hören will. Er nennt es „die Kernpunkte dieser Regierung des Vertrauens“. Er spricht von Anti-Terrorgesetzen, öffentlicher Ordnung, verschärftem Strafvollzug, von seinen Erfolgen gegen Steuerhinterziehung, Autodiebstahl, Korruption, „unserem Kampf“. Er erinnert an jährlich 3000 Entführungen und mehr als 30 000 Morde bei 43 Millionen Einwohnern, eine der schlimmsten Bilanzen der westlichen Welt. „Wir werden die Normen des Rechtsstaates anwenden“, ruft Uribe. „Der Terrorismus muss durch Entwaffnung oder auf militärischem Wege beendet werden.“

Eine Mehrheit der Kolumbianer sieht das ähnlich, deshalb gewann Alvaro Uribe im Sommer 2002 im ersten Wahlgang, dabei war er als Außenseiter angetreten. Der frühere Bürgermeister von Medellin und Gouverneur der Provinz Antioquia hatte sich zuvor getrennt vom Apparat der Liberalen Partei, die sich 40 Jahre lang mit den Konservativen an der Macht abgewechselt hatte. Den meisten galt er als unbestechlich, fleißig, zielstrebig. Er wollte endlich aufräumen mit linker Guerilla und rechten Paramilitärs, mit Bombenlegern, Drogenhändlern, Entführern, die Millionen verdienen und seit vier Jahrzehnten das wunderschöne Land ausbluten lassen. Uribe gab der Bevölkerung das Gefühl, der Staat erobere die Nation zurück, nachdem weite Teile des zerfurchten Territoriums außer Kontrolle geraten waren. Gemäß der Umfragen ist die Zustimmung immer noch erheblich, doch die Schar der Kritiker wächst, und es droht eine gefährliche Auseinandersetzung.

Einer der bedeutendsten Uribe-Anhänger lehnt sich in seinem holzgetäfelten Büro zufrieden in den Ledersessel. Jorge Enrique Mora ist Oberbefehlshaber des kolumbianischen Militärs, 230 000 Männer und Frauen stehen unter seinem Kommando, und er genießt den Richtungswechsel in der Politik. Mora hatte sich von Anfang an gegen den Versuch von Uribes Vorgänger Andres

Pastrana gewandt, dem Feind entgegen zu kommen. Der Konservative Pastrana hatte den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens, kurz Farc, für Verhandlungen ein Gebiet von der Größe der Schweiz überlassen – die Farc nutzten das Reservat bis zum kläglichen Ende der Gespräche, allerdings scheiterte die Annäherung mit dem Staat auch an Hardlinern wie Mora. Der General fand es demütigend, als Pastrana hemdsärmelig neben Farc-Chef Manuel Maralanda alias Tirofijo (Sicherer Schuss) saß und einmal sogar von ihm versetzt wurde. „Die Friedenspolitik mit diesen Terroristen hat nirgendwo hin geführt“, sagt er. „Jetzt ist alles um 180 Grad anders. Uribe ist das Beste, was Kolumbien passieren konnte.“

Zumindest das Militär kann nicht klagen. Der so genannte Plan Colombia wurde gemeinsam mit der US-Regierung zwar schon unter Pastrana entworfen, doch Uribe verschärfte den Ton und machte sich dabei die Stimmung im weltweiten Feldzug gegen den Terror zunutze. 7,5 Milliarden US-Dollar fließen in das Projekt, mit dem offiziell die Kokainmafia bekämpft, die Wirtschaft gestärkt und soziale Einrichtungen geschaffen werden sollen. Tatsächlich aber landet der Großteil des Geldes in der Rüstung – allein 700 Millionen Dollar jährlich stammen aus Washington.

Uribe ist George W. Bushs wichtigster Partner im linkslastigen Lateinamerika. So modernisiert Kolumbiens Staatsgewalt ihre Rüstungs-Bestände, nachdem gegen die reichen Farc (18 000 Söldner) und ELN (6000) einige Schlachten verloren gegangen waren. Zuletzt wurden strategische Erfolge gemeldet, und Panzer schützen Konvois von Wochenendausflüglern. „Wir wollen den Krieg gegen diese Banditen gewinnen“, verkündet Mora. „Das ist das Finale.“

Antonio Navarro Wolff winkt ab. „Militärisch dauert es noch 30 Jahre, die Guerilla zu besiegen, wenn überhaupt“, sagt der unabhängige Senator, der seinen Interviewer in den streng bewachten Plenarsaal führt. Er war selbst Guerillero. Navarro, ein drahtiger Mann von Anfang 50, gehörte zur Organisation M-19, die bis zum Friedensabkommen 1990 der Schrecken des Establishments gewesen war. Er ist der einzige Überlebende ihrer fünf Kommandanten. Bei einem Attentat verlor er das linke Bein, seither humpelt er mit Hilfe einer Prothese. Der Diplomingenieur und Hochschuldozent wurde zum Vorbild für den Versuch, ehemalige Kämpfer in die Gesellschaft einzugliedern. Er war Gesundheitsminister und hat an der Verfassung mitgeschrieben, die Uribe ändern lassen will. „Die Regierung“, doziert er, „redet zu viel über Sicherheit und macht zu wenig Politik“.

Nicht, dass ihn Uribes Aufstieg wundert. „Uribe ist das Ergebnis der letzten zehn Jahre. Aber mit Autorität wird der Konflikt nicht zu lösen sein, das ist ein historischer, ein soziologischer Konflikt.“ Noch immer geht es auch um ungerechte Landverteilung und andere soziale Themen – oft verdingen sich junge Leute aus der Provinz bei den Farc, wenn sie keinen vernünftigen Job finden. „Zu denken, dass es simple Terroristen sind, ist ein Fehler“, sagt Navarro. Die Ideologen der Farc hält er nach wie vor für Marxisten-Leninisten, „die sind straff organisiert und denken nicht in kurzen Abschnitten. Die sind in der Defensive, aber nicht besiegt.“ Bislang sei kein einziger Anführer gefasst. „Uribes Stärke wird sich erschöpfen“, glaubt Navarro. Außerdem: „Er verfolgt Verbrecher, aber er geht über den Rechtsstaat hinaus.“

Spitzel und Söldner

Ein Heer ziviler Spitzel ließ der oberste Ordnungshüter anheuern. Bauern wurden in ihren Heimatorten als Soldaten ausgebildet. Menschenrechtler werfen Uribe vor, willkürliche Verhaftungen und Vertreibungen geschehen zu lassen und gelegentlich die Paramilitärs mindestens zu dulden. Uribe hatte die rechten Milizen im Auftrag von Großgrundbesitzern und Drogenbaronen einst in Medellín unterstützt – jetzt verhandelt er mit ihren Bossen und stellt Amnestie in Aussicht, dabei fordern die USA ihre Auslieferung. Es gehe nicht an, dass sich Kriminelle vor der gerechten Strafe drücken können, mahnte Human Rights Watch. „Autoritäre Hexerei“, überschrieben linke Nicht-Regierungs-Organisationen ihre Uribe-Bilanz.

Die Vereinten Nationen stellten in einer umfassenden Studie fest, dass sich der kolumbianische Konflikt in einer Sackgasse befinde. Am Ende werde es nur Verlierer geben. Uribe schimpfte nach der Präsentation zum Entsetzen nicht nur der Autoren auf Menschenrechtler – und flog mit dem Hubschrauber demonstrativ in ein Dorf, wo die Farc eine Bombe auf ein Pferd gebunden und das Tier und viele Menschen in die Luft gesprengt hatte.

Nach einer Stunde schließt der Ehrengast seinen Vortrag im Gun Club. Das Thema Wiederwahl erwähnt er diesmal nicht, obwohl er seine Popularität für eine zweite Amtszeit nützen will. „Man kann das Land nicht in weiche Hände geben“, warnte er in einem Interview. Manche erinnert das an den Peruaner Alberto Fujimori, der ebenfalls die Regeln seiner Strategie gegen die Guerilla anpassen ließ. Die Verfassung will Uribe jedenfalls am 25. Oktober in einer Volksbefragung reformieren, um Gesetzen den Weg zu bahnen. „Eine Bewegung des großen nationalen Bewusstseins“, kündigt er den Zuhörern zum Abschied an. Dann schließt sich die hölzerne Schiebetür.

Copyright © sueddeutsche.de GmbH/Süddeutsche Zeitung GmbH